

Deutschland zum Handeln aufgefordert

Fluglärmstreit Moritz Leuenberger fordert vom

Nachbarland, Schweizer Anliegen «endlich ernst» zu nehmen

Die Schweizer Luftfahrtindustrie fordert am Luftfahrtkongress in Kloten den Bund auf, international konkurrenzfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Moritz Leuenberger will neue Gespräche mit Deutschland.

Am Luftfahrtkongress am Dienstag in Kloten unterstrichen viele Referenten die Bedeutung der Luftfahrt als zentralen Standortfaktor. So nützten eine gute Infrastruktur für die Luftfahrt und attraktive Verbindungen der gesamten Wirtschaft. Gemäss dem Wirtschaftsdachverband Economie-suisse erwirtschaftete der Luftfahrtstandort Schweiz im Jahr 2004 eine Gesamtwertschöpfung von mehr als 26 Milliarden Franken. Rund 180 000 Beschäftigte sind direkt oder indirekt von der Luftfahrt abhängig. Angesichts der starken internationalen Konkurrenz ruft die Luftfahrtbranche nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. Hier sei die Politik gefordert, erklärte Paul Kurrus, Präsident von Aerosuisse, dem Dachverband der Schweizer Luftfahrt.

Am Flughafen Zürich müsse die deutsche Überflugregelung beseitigt werden. Zudem seien konkurrenzfähige Kosten nötig. Als Beispiele nannte Kurrus die Abgeltung von Flugsicherungsleistungen der Skyguide im benachbarten Ausland, die Verwendung der Mineralölsteuerzuschläge auf Flugtreibstoffe zugunsten der Luftfahrt und vor allem die Übernahme der Sicherheitskosten durch die öffentliche Hand.

Felder kritisiert den Bund

Die Terrorattacken im September 2001 hätten zu einer Häufung von Sicherheitsauflagen geführt, «die teilweise blödsinnig sind und viel kosten», sagte Josef Felder, Unique-Geschäftsführer sowie Präsident der Vereinigung der Schweizer Landesflughäfen. Im Jahr 2000 betragen die Sicherheitskosten am Flughafen Zürich 75 Millionen Franken. Dieses Jahr sind es 102 Millionen, obwohl das Verkehrsaufkommen um ein Drittel kleiner ist. Felder bemängelte, dass der Bund nicht bereit sei, diese Kosten mitzutragen.



Leuenberger: Es gibt Grenzen

Dass der Gesetzgeber in der Frage der Fluglärmschädigungen untätig bleibe, sei verantwortungslos, sagte Felder weiter. Ausserdem kritisierte er Regierungen – ob national oder kantonal –, welche die Anliegen von Anwohnern rund um einen Flughafen stärker gewichten als die volkswirtschaftlichen Interessen eines Landes.

Die Bedeutung der Luftfahrt entbinde diese nicht, sich der Politik zu stellen, sagte Bundespräsident Moritz Leuenberger am Kongress. Die Luftfahrt sei von der direkten Demokratie abhängig. Tragfähige Lösungen gebe es nur im Austausch mit den Betroffenen. Regierungsrätin Rita Fuhrer führte den Konflikt mit Deutschland ins Feld: «Die Wirtschaft nimmt in ihrer Entwicklung Landesgrenzen nicht wahr.» Es sei jedoch ein beschwerlicher Weg, die Ansprüche der süddeutschen Anwohner mit den Wachstumschancen des Flugverkehrs zu vereinbaren.

Im Fluglärmstreit mit Deutschland ermögliche nur der Dialog unter befreundeten Nachbarn eine Lösung, sagte Moritz Leuenberger. In der Schweiz müsse man sich auf eine gemeinsame Position einigen. Leuenberger erwartet von Deutschland, dass es Gesprächsbereitschaft zeigt. «Wir haben ein Problem mit den Beschränkungen im süddeutschen Luftraum», sagte er, «und ich erwarte, dass Deutschland unsere Anliegen endlich ernst nimmt.» (SDA/LT)